

Anfrage

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion / Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nr.: A 23/0876-01

Status: öffentlich

Datum: 13.11.2023

**Ergänzende Maßnahmen zur Umsetzung der
Mehrwegverpackungspflicht gemäß Novellierung des
Mehrwegverpackungsgesetzes zum 01.01.2023**

Anfrage der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und der CDU

Beratungsfolge:

Gremium:

Umweltausschuss

Datum:

21.11.2023

Status:

Ö

Zuständigkeit:

Kenntnisnahme

Sachverhalt:

Die Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und CDU bitten die Verwaltung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1.) Wie viele Einwegverpackungen, wie viel Einweggeschirr und -besteck für den unmittelbaren Verzehr von To-go-Getränke und Take-away-Gerichten werden auf dem Gebiet der Stadt Mülheim an der Ruhr jährlich unerlaubterweise in der Umwelt entsorgt?
- 2.) Wie hoch sind die daraus entstehenden jährlichen Kosten, die bei der MEG anfallen und über den Kernhaushalt gesamtgesellschaftlich externalisiert werden?
- 3.) Wie viele Unternehmen sind auf dem Stadtgebiet von der Novellierung des Mehrwegverpackungsgesetzes betroffen?

- 4.) Welche ordnungsrechtlichen Handlungsoptionen kann die Stadt sinnvollerweise ergreifen, um die Nutzung von Mehrwegalternativen zu unterstützen?
- 5.) Welche finanziellen Handlungsoptionen kann die Stadt sinnvollerweise ergreifen, um die Nutzung von Mehrwegalternativen zu unterstützen?
- 6.) Welche finanziellen Auswirkungen würden sich bei der Umsetzung von zur Beantwortung der Frage 5.) angeführten Maßnahmen ergeben?

Begründung:

Laut Umweltbundesamt fielen im Jahr 2019 18,91 Mio. Tonnen Verpackungen an. In Mülheim beobachten Einwohner*innen regelmäßig überfüllte Mülleimer und Vermüllung auf dem Stadtgebiet. Die Mehrwegangebotspflicht ab dem 01.01.2023 bietet eine Chance, jener Problemstellung wirksam etwas entgegenzusetzen. Die Verpflichtung sorgt für neue Prozesse und ein geschärftes Verständnis auf dem Markt. Um sowohl hinsichtlich des Vertrieb als auch hinsichtlich der Nachfrage beim Endkunden bestmöglich alle Potenziale nutzen zu können, sind auch die Städte gefordert, weitere Anreize zu schaffen.

Christina Küsters
CDU-Fraktionsvorsitzende

Dr. Roland Chrobok
Umweltpolitischer Sprecher
CDU-Fraktion

Dr. Franziska Krumwiede-Steiner
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90 / Die Grünen

Oliver Linsel
Umweltpolitischer Sprecher der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen